

WETTEN, DECRETEN, ORDONNANTIES EN VERORDENINGEN LOIS, DECRETS, ORDONNANCES ET REGLEMENTS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2012 — 2757

[C - 2012/00577]

20 MEI 1997. — Wet betreffende de internationale samenwerking inzake de tenuitvoerlegging van inbeslagnemingen en verbeurdverklaringen. — Officieuze coördinatie in het Duits

De hierna volgende tekst is de officieuze coördinatie in het Duits van de wet van 20 mei 1997 betreffende de internationale samenwerking inzake de tenuitvoerlegging van inbeslagnemingen en verbeurdverklaringen (*Belgisch Staatsblad* van 3 juli 1997), zoals ze werd gewijzigd bij de wet van 20 juli 2006 houdende diverse bepalingen (*Belgisch Staatsblad* van 28 juli 2006).

Deze officieuze coördinatie in het Duits is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2012 — 2757

[C - 2012/00577]

20 MAI 1997. — Loi sur la coopération internationale en ce qui concerne l'exécution de saisies et de confiscations. — Coordination officieuse en langue allemande

Le texte qui suit constitue la coordination officieuse en langue allemande de la loi du 20 mai 1997 sur la coopération internationale en ce qui concerne l'exécution de saisies et de confiscations (*Moniteur belge* du 3 juillet 1997), telle qu'elle a été modifiée par la loi du 20 juillet 2006 portant des dispositions diverses (*Moniteur belge* du 28 juillet 2006).

Cette coordination officieuse en langue allemande a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2012 — 2757

[C - 2012/00577]

20. MAI 1997 — Gesetz über die internationale Zusammenarbeit bei der Durchführung von Sicherstellungen und Einziehungen. — Inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache

Der folgende Text ist die inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache des Gesetzes vom 20. Mai 1997 über die internationale Zusammenarbeit bei der Durchführung von Sicherstellungen und Einziehungen, so wie es abgeändert worden ist durch das Gesetz vom 20. Juli 2006 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen.

Diese inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

MINISTERIUM DER JUSTIZ

20. MAI 1997 — Gesetz über die internationale Zusammenarbeit bei der Durchführung von Sicherstellungen und Einziehungen

Artikel 1 - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 78 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

KAPITEL I — Allgemeine Grundsätze der Zusammenarbeit

Art. 2 - Die Anträge auf Durchführung in Belgien von vorläufigen Maßnahmen oder von Sicherstellungen zwecks Einziehung und die Anträge auf Vollstreckung in Belgien von im Ausland ausgesprochenen Einziehungsentscheidungen geben Anlass zur Ausführung in Belgien in Anwendung der zu diesem Zweck auf der Grundlage der Gegenseitigkeit geschlossenen Verträge und Vereinbarungen zwischen Belgien und den betreffenden Staaten, und zwar unter den Bedingungen und nach den Verfahren, die im vorliegenden Gesetz vorgesehen sind.

Art. 3 - § 1 - Die Ausführung des Antrags wird auf keinen Fall bewilligt:

1. wenn sie der Souveränität, der Sicherheit, der öffentlichen Ordnung oder anderen wesentlichen Interessen Belgiens schaden könnte,
2. wenn es ernsthafte Gründe für die Annahme gibt, dass der Antrag auf Erwägungen beruht, die im Widerspruch stehen zu Artikel 14 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten,
3. wenn es sich bei der Straftat, auf die sich der Antrag bezieht, um eine politische Straftat handelt, unter Vorbehalt der in den Verträgen vorgesehenen Abweichungen.

§ 2 - Die Entscheidung zur Durchführung der im Antrag erwähnten Maßnahmen wird aufgeschoben, wenn diese Maßnahmen Ermittlungen oder Verfolgungen durch die belgischen Behörden beeinträchtigen könnten.

KAPITEL II — Vollstreckung ausländischer Einziehungsentscheidungen

Abschnitt 1 — Vollstreckungsbedingungen

Art. 4 - Eine von den Gerichtsbehörden eines ausländischen Staates ausgesprochene Einziehungsentscheidung wird in Belgien vollstreckt, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind :

1. Die Entscheidung muss auf einem auf Verurteilung lautenden Urteil gegen die Person beruhen, gegen die sie ausgesprochen wurde,
2. die der Entscheidung zugrunde liegende Tat muss auch nach belgischem Recht eine Straftat sein,
3. das auf Verurteilung lautende Urteil muss unter Berücksichtigung der Rechte der Verteidigung gefällt worden sein,
4. die betreffende Person darf für dieselbe Straftat in Belgien noch nicht verurteilt worden sein,
5. das auf Verurteilung lautende Urteil und die Einziehungsentscheidung, die eventuell am Ende eines getrennten Verfahrens ausgesprochen worden ist, müssen endgültig und vollstreckbar sein,
6. die Strafe darf nach belgischem Recht nicht verjährt sein,

7. die Sachen, auf die sich die Einziehung bezieht, müssen Sachen sein, die im Sinne von Artikel 42 Nr. 1 des Strafgesetzbuches dazu gedient haben oder bestimmt waren, die Straftat zu begehen, oder Sachen, die im Sinne von Artikel 42 Nr. 2 des Strafgesetzbuches durch die Straftat hervorgebracht wurden oder aber - im Sinne von Artikel 42 Nr. 3 des Strafgesetzbuches - Vermögensvorteile, die unmittelbar aus der Straftat gezogen wurden, Güter und Werte, die an ihre Stelle getreten sind, oder Einkünfte aus diesen investierten Vorteilen.

Art. 5 - Wenn die Einziehung, deren Durchführung beantragt wird, aus der Verpflichtung besteht, eine dem Wert der in Artikel 42 Nr. 3 des Strafgesetzbuches erwähnten Sachen entsprechende Geldsumme zu zahlen, erfolgt diese in Abweichung von Artikel 4 Nr. 7 unter folgenden Bedingungen :

1. Die Geldsumme, auf die sich die Einziehung bezieht, darf gemäß Artikel 43*bis* des Strafgesetzbuches nicht über dem Geldwert dieser Sachen liegen,

2. die vorerwähnten Sachen können nicht aufgefunden werden und es gibt auf dem Staatsgebiet des ersuchenden Staates laut Erklärung dieses Staates keine Güter, auf die er seine Forderung betreiben lassen könnte.

Art. 6 - Wenn die Einziehung, deren Durchführung beantragt wird, die in Artikel 4 Nr. 7 vorgesehene Bedingung nur teilweise erfüllt, wird die Einziehung unbeschadet der Anwendung von Artikel 5 teilweise durchgeführt, und zwar nur in dem Maße, in dem die Bedingung erfüllt ist.

Abschnitt 2 — Verfahren

Art. 7 - Wird ein Antrag auf Vollstreckung einer Einziehungsentscheidung an Belgien gerichtet, erklärt das Korrekionalgericht des Ortes, an dem sich die Güter befinden, auf die die Einziehung sich bezieht, diese Entscheidung für vollstreckbar, nachdem es die Staatsanwaltschaft und die verurteilte Person, gegebenenfalls durch Rechtshilfeeisen, oder ihren Beistand angehört hat und nachdem es überprüft hat, dass die in Artikel 4 vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind und die in Artikel 3 vorgesehenen Ablehnungsgründe nicht angewandt werden müssen.

Das Gericht ist an die Feststellung der Taten, so wie sie explizit oder implizit aus der ausländischen Entscheidung hervorgehen, gebunden.

Im Fall der Anwendung von Artikel 6 gibt das Gericht die Sachen oder - im Fall der Anwendung von Artikel 5 - den Betrag der Geldsumme an, auf die die Einziehung sich bezieht.

Die Staatsanwaltschaft und die verurteilte Person können gegen die Entscheidung des Gerichts Kassationsbeschwerde einlegen.

Art. 8 - Eine Einziehung, die gemäß dem in Artikel 7 erwähnten Verfahren für in Belgien durchführbar erklärt wurde, ist einer gemäß den Artikeln 42, 43 und 43*bis* des Strafgesetzbuches ausgesprochenen Einziehung gleichgesetzt.

[In seiner Entscheidung legt das Korrekionalgericht die Bestimmung der eingezogenen Güter jedoch nach folgenden Modalitäten fest.

Das Gericht kann bestimmen, dass die eingezogenen Güter ganz oder teilweise dem ersuchenden Staat zugewiesen werden.

Das Gericht kann ebenfalls bestimmen, dass Güter, die keine Geldsummen sind, verkauft werden und der Verkaufserlös ganz oder teilweise dem ersuchenden Staat zugewiesen wird.

In den in den vorhergehenden Absätzen erwähnten Fällen trägt das Gericht den Kosten der Sicherstellung, Aufbewahrung, Veräußerung, Einziehung und Zuweisung Rechnung.

Wenn über die Zuweisung der eingezogenen Güter nicht entschieden werden kann, fallen sie der Belgischen Staatskasse zu.]

[Art. 8 Abs. 2 bis 6 eingefügt durch Art. 2 des G. vom 20. Juli 2006 (B.S. vom 28. Juli 2006)]

KAPITEL III — Ausführung ausländischer Anträge auf Sicherstellung

Abschnitt 1 — Ausführungsbedingungen

Art. 9 - Jeder Antrag auf eine vorläufige Maßnahme oder auf Sicherstellung zwecks Einziehung, der von einem ausländischen Staat eingereicht wurde, gibt Anlass zur Ausführung in Belgien, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind :

1. Der Antrag muss von einer Gerichtsbehörde ausgehen,
2. die dem Antrag zugrunde liegende Tat muss nach belgischem und nach ausländischem Recht eine Straftat sein,
3. die Person, auf die sich der Antrag bezieht, darf für dieselbe Tat in Belgien noch nicht verurteilt worden sein,
4. die beantragte Maßnahme muss - wie wenn es sich um eine ähnliche interne Angelegenheit handeln würde - nach belgischem Recht von den belgischen Behörden zu Ermittlungs- oder Verfolgungszwecken ergriffen werden können.

Abschnitt 2 — Verfahren

Art. 10 - Wird ein Antrag auf Durchführung einer vorläufigen Maßnahme oder einer Sicherstellung an Belgien gerichtet, erklärt die Ratskammer des Gerichts Erster Instanz des Ortes, an dem sich die Güter befinden, auf die der Antrag sich bezieht, die vorläufige Maßnahme oder die Einziehung für durchführbar, nachdem sie überprüft hat, dass die in Artikel 9 vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind und die in Artikel 3 vorgesehenen Ablehnungsgründe nicht angewandt werden müssen.

Die Ratskammer entscheidet spätestens fünf Tage, nachdem sie mit dem Antrag befasst worden ist.

Eine sich auf Immobilien beziehende vorläufige Maßnahme, die von der Ratskammer ausgesprochen wurde, wird den in Artikel 35*bis* des Strafprozessgesetzbuches aufgezählten Formbedingungen auf entsprechende Weise unterworfen und hat die im selben Artikel erwähnte Wirksamkeit.

Art. 11 - Im Dringlichkeitsfall werden die vorläufigen Maßnahmen, deren sofortige Durchführung notwendig ist, auf Beschluss des Untersuchungsrichters des Ortes ergriffen, an dem die erwähnten Güter sich befinden.

Diese Maßnahmen werden nicht aufrechterhalten, wenn sie binnen fünf Tagen nach dem Beschluss von der gemäß Artikel 10 befindenden Ratskammer nicht bestätigt werden.

KAPITEL IV — *Abänderungsbestimmungen**Abschnitt 1* — In Belgien ausgesprochene Einziehungsentscheidungen**Art. 12 - 15** - [*Abänderungsbestimmungen*]*Abschnitt 2* — In Belgien ergriffene vorläufige Maßnahmen**Art. 16 - 18** - [*Abänderungsbestimmungen*]FEDERALE OVERHEIDSDIENST WERKGELEGENHEID,
ARBEID EN SOCIAAL OVERLEG

N. 2012 — 2758

[C - 2012/12035]

3 AUGUSTUS 2012. — Koninklijk besluit waarbij algemeen verbindend wordt verklaard de collectieve arbeidsovereenkomst van 27 augustus 2007, gesloten in het Paritair Comité voor de bedienden uit de kleinhandel in voedingswaren, betreffende de lonen (1)

ALBERT II, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 5 december 1968 betreffende de collectieve arbeidsovereenkomsten en de paritaire comités, inzonderheid op artikel 28;

Gelet op het verzoek van het Paritair Comité voor de bedienden uit de kleinhandel in voedingswaren;

Op de voordracht van de Minister van Werk,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. Algemeen verbindend wordt verklaard de als bijlage overgenomen collectieve arbeidsovereenkomst van 27 augustus 2007, gesloten in het Paritair Comité voor de bedienden uit de kleinhandel in voedingswaren, betreffende de lonen.

Art. 2. De minister bevoegd voor Werk is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Châteauneuf-de-Grasse, 3 augustus 2012.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Werk,
Mevr. M. DE CONINCK_____
Nota

(1) Verwijzing naar het *Belgisch Staatsblad* :
Wet van 5 december 1968, *Belgisch Staatsblad* van 15 januari 1969.

BijlageParitair Comité
voor de bedienden uit de kleinhandel in voedingswaren*Collectieve arbeidsovereenkomst van 27 augustus 2007*Lonen (Overeenkomst geregistreerd op 1 oktober 2007
onder het nummer 84921/CO/202)

Preambule

Deze collectieve arbeidsovereenkomst verlengd de bestaande leeftijdsloonschalen voor jongeren. Deze jongeren hebben lonen die afwijken van de lonen van de andere werknemers omdat zij, gelet op hun jonge leeftijd geacht worden een lagere productiviteit te hebben.

De sociale partners hebben in het kader van het sectorakkoord van 2007-2008 beslist een werkgroep op te richten belast met het nagaan of loonschalen van dit paritair comité in overeenkomst zijn met de verschillende antidiscriminatie wetten en in het bijzonder met de richtlijn 2000/78/EG en de wet van 25 februari 2003 gewijzigd door de wet van 20 juli 2006.

In afwachting van de conclusies van de werkgroep en rekening houdend met de voormelde argumenten, worden de jongerenlonen verlengd voor de komende 2 jaren.

SERVICE PUBLIC FEDERAL EMPLOI,
TRAVAIL ET CONCERTATION SOCIALE

F. 2012 — 2758

[C - 2012/12035]

3 AOUT 2012. — Arrêté royal rendant obligatoire la convention collective de travail du 27 août 2007, conclue au sein de la Commission paritaire pour les employés du commerce de détail alimentaire, relative aux salaires (1)

ALBERT II, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 5 décembre 1968 sur les conventions collectives de travail et les commissions paritaires, notamment l'article 28;

Vu la demande de la Commission paritaire pour les employés du commerce de détail alimentaire;

Sur la proposition de la Ministre de l'Emploi,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. Est rendue obligatoire la convention collective de travail du 27 août 2007, reprise en annexe, conclue au sein de la Commission paritaire pour les employés du commerce de détail alimentaire, relative aux salaires.

Art. 2. Le ministre qui a l'Emploi dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Châteauneuf-de-Grasse, le 3 août 2012.

ALBERT

Par le Roi :

La Ministre de l'Emploi,
Mme M. DE CONINCK_____
Note

(1) Référence au *Moniteur belge* :
Loi du 5 décembre 1968, *Moniteur belge* du 15 janvier 1969.

AnnexeCommission paritaire
pour les employés du commerce de détail alimentaire*Convention collective de travail du 27 août 2007*Salaires (Convention enregistrée le 1^{er} octobre 2007
sous le numéro 84921/CO/202)

Preambule

Cette convention collective de travail prolonge les actuels barèmes d'âge pour les jeunes travailleurs. Ces jeunes ont des salaires qui diffèrent des salaires des autres travailleurs car, en raison de leur jeune âge, ils disposent d'une moins bonne productivité.

Les partenaires sociaux ont décidé, dans le cadre de l'accord sectoriel 2007-2008, d'instituer un groupe de travail chargé d'examiner la concordance des barèmes de cette commission paritaire avec les différentes législations anti-discriminatoires et plus précisément avec la Directive 2000/78/CE et la loi du 25 février 2003, modifiée par la loi du 20 juillet 2006.

Dans l'attente des conclusions du groupe de travail et tenant compte des arguments précités, les barèmes des mineurs d'âge sont prolongés pour les deux prochaines années.